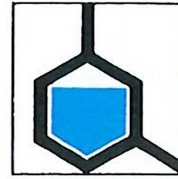




Verein der Bayerischen Chemischen
Industrie e.V.



Verband der Chemischen Industrie e.V.
Landesverband Bayern

50 Jahre Bayerische Chemieverbände

Rede Dr. Kalb

Dr. jur. Werner Kalb
Hauptgeschäftsführer a.D.
Bayerische Chemieverbände

50 Jahre Bayerische Chemieverbände **Organisationen im Wandel**

„Es wird einer zukünftigen Darstellung der Wirtschaftsgeschichte nicht möglich sein, in der Bildung des Vereins der Bayerischen Chemischen Industrie eine literarisch verwertbare Fundgrube geheimnisvoller Vorgänge zu entdecken.“ So kennzeichnete der 1. Vorsitzende des Vereins, Dr.-Ing. Siegfried Balke, am 9. August 1946 in der Gründungsversammlung im Großen Saal des Rathauses zu München die Vorgeschichte. Geheimnisvolles hat sich auch in den folgenden 50 Jahren der Vereinsgeschichte nicht getan, aber ansonsten eine ganze Menge.

Trotzdem fällt es schwer, etwa einem roten Faden folgend, das halbe Jahrhundert, das die bayerischen Chemieorganisationen in diesem Jahr zurückgelegt haben, auch für den Leser attraktiv zu erzählen. Obwohl natürlich einige Daten nicht fehlen können, will ich mich als Zeitzeuge (seit 1950) auf einige mehr zeitunabhängige Betrachtungsweisen, Sachverhalte und Personen stützen, die sich mit der Mitarbeit in diesen Bayerischen Chemieverbänden für mich verknüpfen.

Der Vereinsgründung am 9. August 1946 voraus ging eine ganze Reihe von Besprechungen und Genehmigungsschreiben der US-Militärregierung und der damals eher nachgeordneten bayerischen Staatsregierung, die im Grunde das Mißtrauen erlassen lassen, das die Amerikaner einem Zusammenschluß von Unternehmen, noch dazu des Chemie-Bereiches, entgegenbrachten. Der IG-Farben-Prozeß warf seine Schatten voraus. Schon im August 1945 hatte Eugen Bunzl, später Hauptgeschäftsführer der Vereinigung der Arbeitgeberverbände in Bayern, einige Chemie-Firmen aus dem südbayerischen Raum zu einer ersten Fühlungnahme eingeladen. Damals wurde Dr. Siegfried Balke, Chemische Fabrik Aubing, beauftragt, die Gründung einer wirtschaftspolitischen Organisation vorzubereiten. Eine Satzung sollte eine Kleine Kommission unter Dr. Hellmuth Holz, Wacker-Chemie, vorbereiten.

Erst nach wiederholten weiteren „Permits“ der Militärregierung ging dann die Gründungsversammlung mit 250 Teilnehmern (!) über die Bühne. Dr. Balke wurde 1. Vorsitzender, seine Stellvertreter waren Hermann Hiller, Wacker-Chemie München und Dr. Fritz Kolke, Wiederhold Lack- und Farbenfabriken, Nürnberg.

Der Gründungsversammlung vorgeschaltet war eine heute kaum vorstellbare Flut von Kontaktaufnahmen zu möglichst vielen bayerischen Chemiefirmen, die unter den abenteuerlichsten Transportverhältnissen mit ehemaligen Wehrmachtsautos, bescheidensten Übernachtungsmöglichkeiten, latenter Lebensmittelknappheit usw. zu absolvieren war.

So begann also die Vereinstätigkeit in der Briener Straße 7 in einem Büro mit Kanonenofen. Der Verein war eine rein wirtschaftspolitische Interessenvertretung. Sozialpolitisch durfte man sich kraft ausdrücklichem Verbot der Militärregierung nicht betätigen, obwohl die Gewerkschaften bereits 1945 wieder zugelassen waren.

Erst im Laufe des Jahres 1947 konnte innerhalb des Vereins ein sozialpolitischer Ausschuß gebildet werden, dessen Vorsitz Hermann Hiller, Wacker-Chemie, zur Wahrnehmung tarifpolitischer Arbeitgeberinteressen übernahm. Ihm folgte 1949 Dr. Walter Gammert, Glanzstoff, Obernburg.

Noch ein letztes Datum: 1965 ergab sich die Notwendigkeit, die wirtschafts- und die sozialpolitische Tätigkeit des Vereins organisatorisch zu trennen: Die wirtschaftspolitische Interessenvertretung übernahm der VCI-Landesverband Bayern, die sozialpolitische Vertretung blieb dem Verein der Bayerischen Chemischen Industrie vorbehalten. Wichtig aber war vor allem für die Mitgliedsfirmen: die Personalunion im Vorstand und in der Geschäftsführung, das gemeinsame Büro blieb bestehen, so daß es für die Mitgliedsfirmen im Grunde bei einer Adresse geblieben ist.

Immer wieder Schwerpunktverlagerung

In der unmittelbaren Nachkriegszeit stand natürlich die wirtschaftspolitische Interessenvertretung gegenüber der Militärregierung und der bayerischen Staatsregierung und ihren nachgeordneten Behörden im Vordergrund. Die Rohstoffknappheit verlangte nach engen Kontakten zu den staatlichen Verteilungsorganen, wobei sich der Verein immer wehrte, in das Verteilungsgeschäft selbst unmittelbar einbezogen zu werden, das hätte der Neutralität gegenüber den Mitgliedsfirmen geschadet. So blieb es bei guten persönlichen Beziehungen, zum Beispiel zur Landesstelle Chemie innerhalb des Wirtschaftsministeriums.

Mit dem Erstarren der Konjunktur nach der Währungsreform und der Einführung der sozialen Marktwirtschaft durch Professor Ludwig Erhard wuchs allmählich auch das Interesse an geordneten Arbeitgeber-/Arbeitnehmer-Beziehungen. Die Tarifpolitik gewann insbesondere nach Aufhebung des

Lohnstops an Bedeutung. Die sozialen Gegenspieler von damals auf seiten der IG Chemie in Bayern waren Theo Lederer, Karl Tauer und später Alfred Kunzmann. Wenn man es nach heutiger Nomenklatur beurteilt, waren dies schon damals Vertreter eines sozialen Konsenses, einer sozialen Partnerschaft, die in der bayerischen chemischen Industrie bis heute Maxime des Handelns der beiden Partner geblieben ist.

In den Jahren der Voll-, ja Überbeschäftigung, als die Arbeitslosenquote im gesamten Bundesgebiet zeitweise auf unter 100.000 sank und die Verbände immer wieder Appelle an ihre Mitgliedsfirmen richten mußten, sich nicht gegenseitig Fachkräfte abzuwerben, waren hohe Tarifabschlüsse oft unvermeidbar. Sie lösten auch kaum Kritik aus, denn die Firmen mußten angesichts des angespannten Arbeitsmarktes ohnehin noch darüber hinausreichende übertarifliche Leistungen erbringen. Dem Erfindungsreichtum betrieblicher Sonderleistungen von Anwesenheitsprämien über Zusatzurlaubstage bis großzügigen Leistungslohnsystemen waren keine Grenzen gesetzt. Man kann es fast zynisch so formulieren: Es gab kaum eine gewerkschaftliche Forderung, die nicht schon vorher von einzelnen Arbeitgebern erfunden worden wäre.

Anfang der 70er Jahre gewannen wirtschaftspolitische Fragen, insbesondere der Umweltschutz, an Bedeutung. Damit trat das Image der chemischen Industrie in den Mittelpunkt der wirtschaftspolitischen Verbandsaktivitäten. Öffentlichkeitsarbeit auf breiter Grundlage, Leitlinien der chemischen Industrie zum Umweltschutz, Pressefahrten, Tage der offenen Tür, eine Broschüre wie „Chemie in Bayern“ führten schließlich zu dem heute noch aktuellen Projekt der chemischen Industrie auf Bundesebene „Chemie im Dialog“. Es soll die Leistungen der chemischen Industrie für Produktions- und Produktsicherheit, für die Umwelt, für ein verantwortliches Handeln im Sinne eines auch vor späteren Generationen verantwortbaren Ressourcen-Verbrauches verdeutlichen und der Öffentlichkeit darlegen, welche Anstrengungen dieser Industriezweig in Richtung Umweltverträglichkeit seiner Produktion und seiner Produkte unternimmt. Andererseits durften die verbliebenen Restrisiken nicht verschwiegen werden.

Im sozialpolitischen Zuständigkeitsbereich erforderte der von Konjunkturzyklus zu Konjunkturzyklus auf höherem Niveau zurückbleibende Arbeitslosensockel eine entsprechende Reaktion der Tarifpolitik. Mußte sie in Zeiten der guten Konjunktur in der Regel nur darauf achten, mit den Tarifabschlüssen den ohnehin bestehenden Druck auf Einkommenserhöhungen vom Arbeitsmarkt her auf einem für alle Firmen verträglichen Niveau abzufangen, so hat andererseits der in den 90er Jahren eingeleitete Strukturwandel in Verbindung mit einer Globalisierung des Wirtschaftsgeschehens die Tarifpolitik vor die Aufgabe gestellt, den Firmen genügend Spielräume für Eigenentscheidungen innerhalb

des Ordnungssystems eines Tarifwerkes zu schaffen, ohne dabei den friedensstiftenden und ordnungspolitischen Nutzen eines Flächentarifes für eine ganze Branche in Frage zu stellen. Auch hier galt es wieder, das Kind nicht mit dem Bade auszuschütten.

Tarifpolitik muß zukunftsweisenden Trends folgen

Die Tarifvertragsparteien der Chemischen Industrie haben sich - auf Arbeitgeberseite in zunehmenden Maße auf Bundesebene koordiniert - als Motor moderner sozial- und tarifpolitischer Entwicklungen erwiesen. Sie sind häufig andere Wege gegangen als die übrigen deutschen Industriebranchen, insbesondere die Metall- und Elektroindustrie und haben dabei zukunftsweisende Akzente gesetzt. So wurde etwa 1974 der „Unterstützungsverein der Chemischen Industrie“ gegründet, der durch Beiträge der Arbeitgeber gespeist, unverschuldet arbeitslos gewordenen Chemiewerksarbeitern einen Zuschuß zum Arbeitslosengeld verschaffte und damit ein absolutes Kündigungsverbot für ältere Arbeitnehmer verhinderte. Die Chemie hielt auch bis heute an der paritätischen Besetzung ihrer tariflichen Schlichtungsstelle fest, um die Chancen für einen Tarifabschluß in freien Verhandlungen zu erhöhen, denn ein sogenannter neutraler Schlichter beeinflußt und blockiert oft das Aufeinander-Zugehen der Verhandlungspartner. Sozialpolitisch richtungsweisend war auch die Einführung eines einheitlichen Entgelttarifvertrages für Arbeiter und Angestellte im Jahr 1988. Die Verkürzung der Wochenarbeitszeit hat man in der Chemischen Industrie nie als eine Arbeitsplatz vermehrende Lösung zur Bekämpfung der wachsenden Arbeitslosigkeit angesehen, sondern nur in kleinen Schritten mit anderen Modellen der flexiblen Arbeitszeitgestaltung kombiniert:

So wurde schon 1985, also 11 Jahre vor dem Gesetzgeber, ein Tarifvertrag über Altersteilzeit vereinbart, ferner 1987 ein Tarifabkommen über Teilzeitarbeit geschlossen und tarifvertraglich zunehmend flexible Modelle zur Umsetzung der tariflichen Arbeitszeitverkürzung angeboten. Aussetztage im Mehrwochenrhythmus, Einbau von Brückentagen und Freistellung am Jahreswechsel, sehr lange Verteilzeiträume bis hin zum aktuell geltenden Wochenarbeitszeitkorridor von 35 bis 40 Stunden ohne Zuschlagspflichten. Öffnung für betriebliche Lösungen statt starrer Tarifregelungen steht schon seit Jahren auf dem Programm der Chemie-Tarifvertragsparteien.

Verbände, die auch Arbeitgeber-Funktion haben, müssen sozialpolitische Trends beobachten, manchmal sogar selbst setzen und die entsprechenden tarifpolitischen Konsequenzen ziehen. Sie müssen dabei einerseits im engen Kontakt zu ihren Mitgliedsfirmen die betrieblichen Notwendigkeiten erkennen und danach handeln, andererseits aber auch selbst moderne Entwicklungen

vorantreiben, ihren Mitgliedsfirmen nahebringen und ihre Umsetzung in die betriebliche Wirklichkeit fördern. Die Bayerischen Chemieverbände haben ihre Aufgabe immer in dieser Mittler- und Initiativ-Funktion gesehen und so gestalterisch und nicht nur passiv das Tarifgeschehen beeinflusst.

Gerade die breite Palette verbandspolitischer Aktivitäten innerhalb des doppelgleisigen Verbandsaufbaus, auf seiten der Wirtschaftspolitik mit vielen politischen Kontakten über ein von zahlreichen Experten der Chemie-Mitgliedsfirmen getragenes Netz von hohen Informationsstandards bis hin zu den Arbeitgeber-Verbandstätigkeiten im tarifpolitischen Bereich, in der arbeits- und sozialrechtlichen Einzelberatung, des reichen Angebots an Informations- und Ausspracheveranstaltungen, arbeitsrechtlichen Schulungen, Führungskräfte- und Meisterseminaren gewährleistet eine am Puls der Zeit orientierte Verbandsarbeit. Sie kann sich rasch und aktuell auf konkrete Situationsänderungen einstellen und gerät nicht in die Gefahr von Verkrustungen oder schablonenhafter Tätigkeit. Die 50jährige Geschichte der Bayerischen Chemieverbände beweist die Anpassungsfähigkeit ihrer Strukturen. Sie können schnell und effektiv reagieren, wenn es die Situation erfordert.

Verbandsarbeit durch differenzierte Interessen geprägt

Die Bündelung verbandlicher Interessenvertretung für die chemische Industrie in Bayern mit Bezug auf den wirtschaftspolitischen und den sozialpolitischen Bereich gleichermaßen läßt den Verband seinen Mitgliedsfirmen gegenüber in vielfältiger Weise in Erscheinung treten: Er ist einmal der Tarifpartner gegenüber den Gewerkschaften und appelliert damit an die gemeinsame Arbeitgeber-Solidarität der Branche, muß andererseits aber auch den vom Verband getroffenen Tarifregelungen folgen. Er ist zum anderen Interessenvertreter gegenüber Regierung, Parlament, politischen Parteien, Behörden und der Öffentlichkeit, wobei die Interessenslage der Verbandsmitglieder nicht immer so grundsätzlich gleichgerichtet ist, wie etwa bei der Tarifpolitik. Hier sind deshalb oft interne Widerstände zu überwinden, um zu einem gemeinsamen Meinungsnehmer zu kommen, weil sich zum Beispiel wettbewerberische Konflikte ergeben können.

Wieder anders ist die Interessenslage auf Expertenebene: Der Verband bittet seine Mitgliedsfirmen um Benennung von Fachexperten auf einem bestimmten Gebiet zur Erarbeitung einer Stellungnahme gegenüber der Regierung; es melden sich in der Regel die größeren Firmen. Die kleineren sehen sich, aus welchen Gründen auch immer, meist zu einer Mitarbeit nicht in der Lage. Der Expertenkreis arbeitet und der Verband übernimmt sein Ergebnis als den gemeinsamen Willen seiner Mitglieder. Dabei herrscht meist große Zeitnot, um etwas noch rechtzeitig in den politischen Willensbildungsprozeß einzubringen.

Doch nun stellt sich heraus, daß man die Interessenslage einer oder mehrerer kleinerer Firmen nicht berücksichtigt hat. Der Verband kann aber nur in seiner Stellungnahme verarbeiten, was ihm bekannt ist. Hier muß man also sehr sensibel vorgehen und vor allem den am Willensbildungsprozeß nicht teilnehmenden Firmen klarmachen, daß nur aktive Mitarbeit derartige Pannen vermeiden kann.

Worin besteht der Nutzen des Verbandes für eine Mitgliedsfirma?

Auch hier müssen wir wohl differenzieren, und zwar in der Hauptsache zwischen groß und klein. Die Großfirma mißt der strategisch angelegten Tarifpolitik ihres Arbeitgeberverbandes sicher ein größeres Gewicht bei als eine mittlere oder kleinere Firma. Das in der chemischen Industrie des Bundesgebietes entwickelte System einer sozialen Partnerschaft, das natürlich so manchen Belastungstest wohl immer wieder bestehen muß, ist für den Großbetrieb wesentlich wichtiger als für den kleineren. Andererseits nützt der mittlere und kleinere Betrieb den individuellen Verbandsservice, wie arbeitsrechtliche Beratung, Prozeßvertretung, arbeitsrechtliche Mitarbeiterseminare, Informationsveranstaltungen aller Art usw. relativ mehr als die Großfirma. Ausnahmen bestätigen natürlich auch hier die Regel.

Der Verband muß daher seine Aktivitäten grundsätzlich auf eine breite Basis stellen und dabei jeweils der unterschiedlichen Interessenslage seiner Mitgliedsfirmen Rechnung tragen. Weder das ausschließliche Fokussieren der Verbandstätigkeit auf die große Tarifpolitik (die ohnehin inzwischen überwiegend auf Bundesebene gestaltet wird), noch ihr Verzetteln in ausschließliche Einzelaktivitäten kann daher das allein selig machende Rezept sein. Beiden Interessenslagen Rechnung zu tragen, war daher immer das Anliegen vor allem der Geschäftsführungen der Bayerischen Chemieverbände.

Deshalb ist es so wichtig, möglichst viele Mitgliedsfirmen in die unmittelbare Sacharbeit einzubeziehen, Gremien zu bilden, in denen sich die Mitglieder wiederfinden oder wenigstens Damen und Herren ihres Vertrauens vertreten sehen. Die weit gestreute Palette wirtschafts- und sozialpolitischer Organe, Arbeitskreise und das über die aktive Tätigkeit im Verband hinaus reichende Band durch den Ältestenrat läßt es zu, von einer „bayerischen Chemie-Familie“ zu sprechen. Das nebenstehende Schaubild über die Organisation der Bayerischen Chemieverbände veranschaulicht die Verzahnung der verschiedensten Interessensgebiete unter einem Dach recht gut.

Immer über den Zaun geschaut

Die Bayerischen Chemieverbände haben sich immer bemüht, über die unmittelbare mitgliederbezogene Tagesarbeit hinaus den Blick auf das Grundsätzliche, das gesellschaftspolitische Gesamtgeschehen zu öffnen oder zu

schärfen. Sowohl in internen Jahresberichten (seit 1972 als „Leporello“ ein Markenartikel) als auch in den die Mitgliederversammlungen begleitenden Vortragsveranstaltungen haben sie übergreifende Themen behandelt und zur Diskussion gestellt. Dabei ist zu erinnern zum Beispiel an Vorträge von OSB-Abt Hugo Lang (1956) zur „Überwindung des Materialismus“, an Professor Schrewe (1953) über „Wirtschaft zwischen Freiheit und Bindung“ oder die Leitartikel der Leporellos „Staatsverdrossenheit ist ansteckend“ (1977), „Wer arbeitet für die Freizeit-Gesellschaft?“ (1979), „Bleibt das soziale Netz finanzierbar?“ (1981 !) und „Ist Arbeitslosigkeit lösbar?“ (1983). Manches wurde schon lange vor ihrer medienwirksamen Aktualität als Problem gesehen.

Begründet und geprägt hat dieses Bewußtsein, daß sich auch ein relativ kleiner Verband auf Fachebene immer wieder grundsätzliche Gedanken zu machen hat, der langjährige Vorsitzende, Professor Dr. Siegfried Balke, dessen persönlicher Lebensweg sein politisches Engagement unterstreicht: Ab 1953 Mitglied der Bundesregierung als Bundesminister für Post-, später für Atomfragen, ab 1964 Präsident der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände bis 1969. Es war übrigens bezeichnend für ihn und seine „Heimattreue“, daß er während der ganzen Zeit seiner hohen Ämter die Verbindung zu den Bayerischen Chemieverbänden hielt und deren Vorsitzender blieb.

Auch die folgenden Vorsitzenden, Prof. Dr. Fritz Kolke, Ekkehard Maurer, Dr. Karl Wamsler und Dr. Wilhelm Simson, haben an diesem Anspruch, über den Tellerrand hinauszuschauen, konsequent und bewußt festgehalten.

Dieser Tradition verdankt der Bayerische Chemieverein auch Ansehen und Aufmerksamkeit über den fachlichen Chemiebereich hinaus. Er hat auch zu den Vortragsveranstaltungen anläßlich seiner Mitgliederversammlungen als einer der ersten neben den Mitgliedsfirmen und Gästen aus dem Unternehmerbereich Betriebsräte und leitende Angestellte aus seinen Mitgliedsfirmen miteingeladen.

Wacker-Vertreter stets in führenden Positionen

Ein Industrieverband kann ohne die unmittelbare Unterstützung seiner großen Mitgliedsfirmen keine sinnvolle Tätigkeit entfalten. So würde ihm die Sachkompetenz, der Rückhalt im Mitgliederkreis und die sichtbare Repräsentanz im Umfeld fehlen. Für die Bayerischen Chemieverbände war es daher immer ein glücklicher Umstand, daß eines der namhaftesten bayerischen Chemieunternehmen, die Wacker-Chemie, von Anfang an Spitzenrepräsentanten zu diesen Verbänden entsandt hat.

Schon in der Gründungsversammlung wurde Hermann Hiller, einer der beiden damaligen Geschäftsführer der Wacker-Chemie, zum Stellvertreter des Vorsitzenden gewählt. Wer seine sympathische und ausgleichende Art des Umgangs mit Menschen kannte, den braucht es nicht zu wundern, daß er 1947 zum

1. Vorsitzenden des Sozialpolitischen Ausschusses, der damaligen Tarifkommission des Vereins bestimmt wurde. Gerade er hatte immer unternehmerisches Handeln und soziale Verpflichtung gegenüber den Mitarbeitern als zwei Seiten der gleichen Medaille betrachtet. Bei der Ausarbeitung der ersten Vereinssatzung hat sich Dr. Hellmuth Holz, Geschäftsführer der Wacker-Chemie, große Verdienste erworben. Ebenfalls als einer der Männer der ersten Stunde nach dem 2. Weltkrieg aus dem Hause Wacker wäre Eduard Kalb, mein Vater, zu nennen, der sich als Beiratsmitglied im sogenannten Länderrat der US-Zone in Stuttgart für die Interessen der bayerischen chemischen Industrie zur Liquidation der Zwangswirtschaft Verdienste erworben hat. Die Wacker-Chemie war es auch, die schon in den 50er Jahren den Vereinsvorsitzenden Dr. Siegfried Balke in eine leitende Funktion innerhalb der Wacker-Chemie übernahm, als für ihn angesichts seiner wachsenden Verpflichtungen die Firmenplattform der Chemischen Fabrik Aubing zu eng wurde. Eine stets verbandsfreundliche Haltung bewies auch Dr. Herbert Berg, Geschäftsführer der Wacker-Chemie, der sich in seinen vielen ehrenamtlichen Funktionen immer für die Gesamtinteressen der bayerischen Chemiewirtschaft in engem Kontakt mit dem Verein einsetzte. Besonders groß sind seine Verdienste um den neuen Rohstoffstandort Ingolstadt, ohne den die Einführung der Petrochemie in Bayern nicht möglich gewesen wäre. Ekkehard Maurer, Geschäftsführer der Wacker-Chemie, übernimmt 1971 aus den Händen von Professor Balke den Vorsitz im Chemieverein und stellte 1979 die vorübergehend verlorengegangene Personalunion in der Spitze der beiden Bayerischen Chemieverbände wieder her. Er führte beide Verbände bis 1983 mit kräftiger und zielgenauer Hand. Dem Vorstand der Chemieverbände gehörten und gehören Dr. Hans Stach (1983 bis 1995) und Dr. Klaus von Lindeiner (seit 1995) an. Auch der die Sacharbeit des Arbeitgeberverbandes (VBCI) besonders tragende Sozial- und Personalpolitische Ausschuß hat von der Kompetenz leitender Mitarbeiter der Wacker-Chemie immer Vorteile gezogen.

Vorsitzende dieses Kreises waren und sind Dr. Oskar Roscher (1981 bis 1983) und Bernhard Gerstenberg (seit 1987).

Die Bayerischen Chemieverbände haben sich daher beim Hause Wacker-Chemie ganz besonders zu bedanken für eine immer aufgeschlossene, konstruktive und freundschaftliche Zusammenarbeit, die durch viele persönliche Kontakte auch über den oben genannten Personenkreis hinaus ergänzt werden.

Mit Optimismus in die Zukunft

Die augenblicklich heftig geführte Verbändediskussion ist zwar vor allem in der Metall- und Elektroindustrie entstanden, sie macht aber auch vor den anderen Branchen nicht halt. Entscheidend wird also sein, ob insbesondere die Arbeitgeberverbände ihre Politik an den Bedürfnissen ihrer Mitgliedsfirmen orientieren und deren Wunsch nach weniger starren Tarifbindungen, insbesondere im Arbeitszeitbereich, bei den tariflichen Sonderleistungen und letztlich auch in realistischen Tarifierhöhungen nachvollziehen. Die Tatsache, daß den Unternehmen in Deutschland ein globaler Wettbewerb gegenübersteht, Billiglohnländer ohne Abschottung durch einen „Eisernen Vorhang“ nun vor der Haustüre liegen und hohe Arbeitslosigkeit im Inland den Arbeitsmarkt doch letztlich beweglicher macht, muß auch die Tarifvertragsparteien zu mehr beschäftigungsorientiertem Handeln veranlassen und den Arbeitsplatzstandort Deutschland sichern helfen.

Die Bayerischen Chemieverbände haben sich in der Vergangenheit den jeweiligen Notwendigkeiten im Interesse ihrer Mitgliedsfirmen angepaßt und sind gerade in ihrer Mehrfachfunktion auf wirtschafts- und sozialpolitischem Feld auf vielfältige Weise gefordert, zugleich aber auch für die Mitgliedsfirmen ein Ansprechpartner und Repräsentant auf zahlreichen Sachgebieten. Diese Struktur eines sehr vielfältigen Beziehungsgeflechts zwischen der einzelnen Mitgliedsfirma und der Organisation wird die Notwendigkeit einer gemeinsamen Interessenvertretung der Bayerischen Chemischen Industrie gegenüber der Öffentlichkeit, der Politik, der Regierung und den Gewerkschaften auch in der Zukunft tragen.

Für diese Organisationen 40 Jahre gearbeitet zu haben, erfüllt mich mit großer Dankbarkeit und Befriedigung. Ich bin überzeugt, daß es einer dynamischen und am Puls der Zeit operierenden Verbandsführung immer wieder gelingen wird, die Mitgliedsfirmen in ihrer unternehmerischen Verantwortung zu unterstützen.